

## NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

**Sitzungsnummer:** JHA/02/2008  
**Gremium:** Jugendhilfeausschuss  
**Tag:** Dienstag, 06.05.2008  
**Ort:** Jugendbildungsstätte Berchum  
**Beginn:** 16:00 Uhr

### A. TAGESORDNUNG

---

#### I. Öffentlicher Teil

---

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Anliegen der Jugendräte
4. Bündnis für Familien
5. Stand der Umsetzung des KiBiz
6. Familienzentren in Hagen  
Vorlage: 0400/2008
7. Antrag der CDU-Fraktion nach § 6 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates  
hier: Umsetzung des KiBiz - Kindergartengruppen ab August 2008  
Vorlage: 0418/2008
8. Antrag der CDU-Fraktion nach § 6 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates  
hier: Wächteramt nach § 8a SGB VIII  
Vorlage: 0420/2008
9. NKF-Haushaltsplanentwurf 2008
10. Stellenplan 2008 für den Fachbereich Jugend und Soziales  
Vorlage: 0266/2008
11. Integrationskonzept für die Stadt Hagen  
Vorlage: 0139/2008

12. Barrierefreies Planen und Bauen im öffentlichen Bereich  
(Zusammenfassung der Vorlagen 0572/2006, 0032/2007, 0491/2007 und  
0888/2007)  
Vorlage: 1040/2007
  
13. Anfragen nach §6 Abs. 8 der GeschO des Rates

## **B. SITZUNGSVERLAUF**

---

### **I. Öffentlicher Teil**

---

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

#### **1. Feststellung der Tagesordnung**

Herr Strüwer begrüßt die Teilnehmer des Ausschusses und erläutert die Gründe, die zu dem Tagungsort ESW, Jugendbildungsstätte Berchum, Kurt-Gerstein-Haus, geführt haben. Zum einen wird die Evangelische Schülerinnen- und Schülerarbeit 125 Jahre alt und das heutige Kurt Gerstein Haus wird 85 Jahre alt, zum anderen ist es eine wichtige Aufgabe, eine solche hervorragende Einrichtung mehr in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Daher wurde der Vorschlag von Frau Klos-Eckermann sehr begrüßt, die Tagung des Jugendhilfeausschusses hier abzuhalten.

Weiter dankt Herr Strüwer dem Geschäftsführer Herr Gaffron und Frau Burg-Ahrendt, dass der Jugendhilfeausschuss hier zu Gast sein darf.

Herr Gaffron und Frau Burg-Ahrendt stellen die Arbeitsbereiche der ESW vor und machen auf das vorliegende Programm 2008 aufmerksam. Im Anschluss wird von Herrn Gaffron ein Konflikt um eine Grenzbebauung angesprochen.

Herr Strüwer weist darauf hin, dass ein Bebauungsplanverfahren auf Grund gerichtlicher Weisung eingeleitet werden musste und alle Beteiligte nun die Möglichkeit haben, ihre Auffassungen darzustellen. Er hofft weiterhin auf eine einvernehmliche Lösung, da der Jugendhilfeausschuss ein großes Interesse daran hat, dass Einrichtungen ohne Bebauungsprobleme arbeiten können.

Herr Dr. Schmidt sichert zu, alles dafür zu tun, dass nicht nur die Probleme einvernehmlich gelöst werden, sondern auch dass die Bildungsstätte in ihrer heutigen Nutzung vollständig erhalten bleibt.

Es gibt keine Vorschläge zur Änderung der Tagesordnung.

## 2. Mitteilungen

### **Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Dr. Schmidt weist auf die letzte Sitzung des Gemeindeprüfungsamtes hin, in der als Ergebnis unter anderem deutlich wurde, dass die Jugendhilfeausgaben der Stadt Hagen im Vergleich zu anderen Städten ausgezeichnet abgeschnitten haben. Hier ein Lob an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendamtes, den Jugendhilfeausschuss, der kostenbewusst die Finanzen begleitet hat und nicht zuletzt an Herrn Goldbach und seine Mannschaft, die das Thema Finanzen durch Kontrakte im Sinne des Jugendhilfeausschusses bearbeitet haben.

Herr Goldbach stellt eine Mitteilung des Schulverwaltungsamtes vor. Die Gebäudewirtschaft teilt zum Sachstandsbericht baulicher Maßnahmen bei der offenen Ganztagsgrundschule mit, dass die Fertigstellung der offenen Ganztagsgrundschule Gewecke bis zu den Sommerferien mit kleinen Einschränkungen erfolgen wird.

## 3. Anliegen der Jugendräte

### **Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Strüwer verabschiedet zunächst Herrn Traut, der bei den Jugendräten hervorragende Arbeit geleistet hat, wäre dankbar für ein weiteres Engagement in der Jugendpolitik und wünscht ihm für seine Zukunft alles Gute.

Es wird eine Turniertour vorgestellt, die diesmal in Hohenlimburg stattfinden wird.

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses werden hierzu herzlich eingeladen und der Termin rechtzeitig mitgeteilt.

Die zum Umwelttag am 14.6.2008 unter dem Thema „gesunde Kinder, gesunde Umwelt“ geplante Demonstration des gesamtstädtischen Jugendrates wird auf Grund der kurzen Planungszeit bis nach den Sommerferien verschoben.

Am 29.4.2008 fand ein Treffen der Moderatorengruppe statt, um Möglichkeiten zu diskutieren, wie zukünftig mehr Nachwuchs für die Jugendräte gewonnen werden kann.

Weiter wird berichtet, dass Anfragen nach Freiflächen für legale Graffitis von der deutschen Bahn, einer Schule und einem Schützenverein positiv beantwortet wurden.

#### **4. Bündnis für Familien**

##### **Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Schmitz teilt mit, dass das Bündnis am 3.5. 2008 am europäischen Kinderfest teilgenommen hat. Hier wurden viele Informationen weitergegeben, um zusätzliche Akteure für das Bündnis zu gewinnen.

Die Planungen für das Großprojekt „Familienkarte“ konnten weitergeführt werden. Am 9.5.2008 wird es hierzu bei der Wirtschaftsförderung ein weiteres Treffen der Akteure geben, um die Ergebnisse für das Engagement zu einer Anschubfinanzierung zusammen zu tragen.

Es werden weitere Termine vorgestellt.

#### **5. Stand der Umsetzung des KiBiz**

##### **Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Dr. Schmidt teilt mit, dass der Verwaltungsvorstand einen Mehrbedarf an überwiegend Kindergärtnerinnen beschlossen hat. Der Fachbereich Jugend und Soziales wird dem Rat und dem Personalausschuss eine Vorlage präsentieren, die nach aktueller Auswertung 12,6 Mehrstellen beinhaltet. Kompensationsversuche wird es natürlich geben, aber 10 Neueinstellungen auf ein Jahr befristet lassen sich nicht vermeiden. Lediglich 50% der Personalkosten lassen sich möglicherweise durch Zuwendungen des Landes und durch Elternbeiträge refinanzieren.

Frau Haack führt weiter aus, dass eine der neuen Berechnungsgrundlagen die Gruppentypen nach dem KiBiz sind, wo ganz bestimmte Fachkraftstunden vor-

gegeben sind, die zu erfüllen sind. Ein weiterer Eckpunkt sind die Betreuungszeiten, die die Eltern wählen. Hier haben sich die Eltern wider der Erwartung des Landes vermehrt für die Betreuung von unter dreijährigen Kindern und für Tagesstättenplätze entschieden. Diese haben sich in Hagen verdoppelt. Letztlich führt das zu den 12,6 Fehlstellen. Durch Aufstockungen bei Teilzeitkräften kann hier nur wenig ausgeglichen werden. Auf Grund der gesetzlichen Vorgabe, Einstellungen auf ein Jahr befristet zu müssen, damit die Personalstärke immer den Bedarfen angepasst werden kann, wird dieses Problem auch in den nächsten Jahren wieder auf den Tisch kommen.

Herr Dücker hält die Regelung der befristeten Arbeitsverträge für die Erzieherinnen für eine Zumutung und drückt seine Sorge aus, dass dies auch Einfluss auf die Motivation haben kann. Er schlägt vor, dass die Verbände bei bestehenden Freiräumen untereinander Personal austauschen.

Er bittet die Verwaltung seine Erfahrungen in dieser Hinsicht schriftlich zu fixieren, damit das Land auf den entsprechenden Kanälen auf die vorliegende Problematik aufmerksam gemacht werden kann.

Herr Schurgacz teilt mit, dass es bei den katholischen Einrichtungen noch keine Personalvereinbarungen gibt, man aber in den Startlöchern steht. Die Politik hat bisher keine Mittel bereitgestellt für Erzieher im Anerkennungsjahr, so dass die Gefahr besteht, dass der Nachwuchs ausbleiben wird. Die Verwaltung wird gebeten sich dafür einzusetzen, dass die Erzieher auch weiterhin in den Einrichtungen ihr Anerkennungsjahr machen können.

Frau Versteeg-Schulte weist darauf hin, dass der richtige Ansprechpartner für diese Problematik die Arbeitsgemeinschaft 3 ist.

Herr Strüwer wünscht sich in Bezug auf die NKF-Umstellung Zahlenmaterial, dass eine Aussage darüber trifft, wie viel die Umsetzung des KiBiz im Vergleich zu den Vorjahren tatsächlich gekostet hat und dass, bezogen auf die einzelnen Träger, festgestellt werden kann, wie teuer ein einzelner Kindergartenplatz ist.

Frau Haack weist darauf hin, dass bei der Personalbemessung die Realität zu Grunde gelegt wurde und Personal nicht doppelt gerechnet wird.

Herr Schledorn kann sich eine weitere Flexibilisierung über die drei Gruppen hinaus nicht vorstellen.

6. **Familienzentren in Hagen**  
Vorlage: 0400/2008

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Versteeg-Schulte teilt mit, dass die stadtteilübergreifende Trägerrunde ihre Vorschläge im Konsens erarbeitet hat.

Herr Strüwer lobt die Art der Zusammenarbeit.

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss stimmt den Vorschlägen aus der stadtteilübergreifenden Trägerunde zur Gründung von 5 weiteren Familienzentren für Hagen ab dem Kindergartenjahr 2008/2009 zu.

Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung die ausgewählten Einrichtungen bis zum 01.06.2008 an das Ministerium zu melden.

**Abstimmungsergebnis:**

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: \_\_\_\_\_

Dagegen: \_\_\_\_\_

Enthaltungen: \_\_\_\_\_

**7. Antrag der CDU-Fraktion nach § 6 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates  
hier: Umsetzung des KiBiz - Kindergartengruppen ab August 2008  
Vorlage: 0418/2008**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Die Fragen der CDU-Fraktion wurden durch eine Tischvorlage vom 5.5.2008 beantwortet:

55/4  
05.05.2008  
Frau Versteeg-Schulte  
Tel. 4440

**Antrag der CDU-Fraktion nach § 6 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates  
hier: Umsetzung des KiBiz – Kindergartengruppe ab August 2008  
Vorlage 0418/2008**

Der Jugendhilfeausschuss hat am 11.12.2007 die Umsetzung des „KiBiz“ beschlossen.  
Folgende Eckpunkte bildeten die Grundlage des Beschlusses:

- Die Darstellung bezog sich auf die 1:1 Umsetzung der aktuellen Belegung auf die KiBiz-Vorgaben
- Die Bedarfsdeckung sollte bei Aufnahme der über 3-jährigen Kinder 94 % und im Rahmen der U3-Betreuung 20% betragen
- Aufhebung aller freiwilligen Leistungen zum 31.07.2008
- Es wurde vereinbart, dass bei Vorlage der endgültigen Bedingungen zum Verwendungsnachweis bzw. Abrechnungsverfahren evtl. Verhandlungen zu führen sind, um Schließungen zu vermeiden.

Mit den Trägern war seinerzeit abgestimmt, unter diesen Bedingungen einschließlich der finanziellen Vorgaben zu klären, ob die Belegung der Kindertageseinrichtungen so erfolgen kann. Während alle anderen Träger sich diesem Abstimmungsprozess anschlossen, äußerten die Trägervertreter für die ev. Kindertageseinrichtung Dümpelstraße von Beginn an, dass die Bildung der 3. Gruppe nur möglich sei, wenn der Trägeranteil von der Stadt gezahlt würde. Um die Bedingungen für alle Träger gleich zu gestalten, sollte eine Entscheidung bzgl. der Übernahme des Trägeranteils, erst nach Vorlage der endgültigen Bedingungen zum Verwendungsnachweis bzw. des Abrechnungsverfahrens erfolgen.

Nachdem der Trägervertreter der ev. Kindertageseinrichtung Dümpelstraße verstärkt deutlich machte, dass eine große Nachfrage nach U-3 Plätzen besteht und die Bedarfe dringender Natur sind, fand am 13.03.2008 ein weiteres Gespräch zwischen dem Träger und Fachbereich statt. Eine dabei entwickelte Lösung, durch Umstrukturierung der Gruppen das finanzielle Risiko auf 3.000 € zu senken, fand keine Akzeptanz bei dem Träger und die in Aussicht gestellten Betreuungsplätze wurden den Eltern abgesagt. Das Angebot des Fachbereiches den Bedarf der Eltern in anderen Kindertageseinrichtungen zu decken, wurde von 3 Familien angenommen. Für diese Kinder konnte dann noch am 14.03.2008, dem Elternwunsch entsprechend, ein Platz in einer anderen Kindertageseinrichtung gebucht werden.

Herr Reinke erläutert, wie es zu den Anfragen der CDU-Fraktion gekommen ist. Das die Umsetzung des KiBiz mit der beschlossenen Aufhebung aller freiwilligen Leistungen auch die gerade mit viel Mühe in 2006 eingerichtete Kindergartengruppe Dümpelstr. betreffen sollte, war beim Träger der Einrichtung anderes aufgefasst worden. Herr Reinke regt an, dass bei der Beratung für das nächste Kindergartenjahr im Vorfeld auch auf politischer Ebene Gespräche geführt werden.



Herr Dr. Schmidt weist auf die intensiven Gespräche hin, die dazu geführt haben, dass durch die Bemühungen des Fachbereichs Jugend und Soziales die Bedarfe der Eltern durch Betreuungsplätze in anderen Einrichtungen vollständig gedeckt wurden.

Kein Verständnis fand Herr Dr. Schmidt allerdings dafür, dass dem Trägervertreter der ev. Kindertageseinrichtung Dümpelstr. eine Spende von 10.000,- € avisiert war, die alle fehlenden Eigenmittel abgedeckt hätte. Wäre das bekannt gewesen, wären die vorangegangenen Gespräche gar nicht erst geführt worden.

Herr Strüwer macht auf das durch den Jugendhilfeausschuss beschlossene Verfahren aufmerksam, in dem auch festgelegt worden ist, dass die Eigenanteile entsprechend der gesetzlichen Vorgaben aufzubringen sind. Von den überwiegenden Einrichtungen ist das auch akzeptiert und umgesetzt worden. Der Verwaltung ist daher kein Vorwurf zu machen.

- 8. Antrag der CDU-Fraktion nach § 6 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates hier: Wächteramt nach § 8a SGB VIII  
Vorlage: 0420/2008**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Die Fragen der CDU-Fraktion wurden durch die folgende Tischvorlage beantwortet:

***Antrag der CDU-Fraktion***

**Antrag für die Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Hagen am 06.05.2008**

**Wächteramt gem.§ 8a SGB VIII**

**Frage 1:**

*Wie wird in Hagen das Wächteramt des Jugendamtes gem. § 8a SGB VIII wahrgenommen?*

Der Fachbereich Jugend & Soziales hat gem. der gesetzlichen Vorgaben des § 8a SGB VIII mit allen freien Trägern der Jugendhilfe in Hagen Vereinbarungen hinsichtlich der Umsetzung des § 8a SGB VIII getroffen.

Eine Arbeitsgruppe gem. § 78 SGB VIII „Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung“ wurde eingerichtet. An dieser Arbeitsgemeinschaft nehmen Vertreter aus den AG's 1 – 5 teil.

Ziel dieser Arbeitsgruppe ist es, den Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung inhaltlich zu füllen und anzugehen.

In den einzelnen AG's gem. § 78 SGB VIII 1 – 5 haben die dort vertretenen Träger für die unterschiedlichen spezifischen Arbeitsfelder der Jugendhilfe Erfahrungsstandards zur Umsetzung des Schutzauftrages bei Kindeswohlgefährdung erarbeitet.

Die Verfahrensstandards sollen zusammengefasst und in einem gemeinsamen Katalog den Trägern der Jugendhilfe in Hagen zur Verfügung gestellt werden.

Des Weiteren wurden in der AG „Schutzauftrag“ Standards für die Definition für die „so genannte erfahrene Fachkraft“ entwickelt. Vorgesehen ist, dass für Hagen ein Fachkräftepool gebildet wird, so dass auch kleinere Anbieter der Jugendhilfe auf „so genannte erfahrene Fachkräfte“ zugreifen können.

**Frage 2:**

*Wie viele zertifizierte Kinderschutzfachkräfte sind in Hagen tätig?*

Die Abteilung 55/6 (ASD) verfügt derzeit über eine zertifizierte Kinderschutzzfachkraft. Für den Allgemeinen Sozialen Dienst ist im Oktober 2008 eine In-Haus-Qualifizierungsmaßnahme vorgesehen. 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Allgemeinen Sozialen Dienstes sollen zu einer Kinderschutzzfachkraft ausgebildet werden.

-2-

Größere Träger der Jugendhilfe in Hagen, wie die Diakonische Erziehungshilfe Weißenstein, Caritas, Ev. Jugendhilfe u.a. verfügen bereits über qualifizierte MitarbeiterInnen.

**Frage 3:**

*Wird seitens des Jugendamtes Hagen Jemand an einem der vom Land NRW in 2008 geförderten Zertifikatskurse zur Kinderschutzzfachkraft teilnehmen?*

Siehe Antwort unter Frage 2.

Herr Reinke bedankt sich für die umfangreiche Antwort.

Herr Gebauer hat eine Nachfrage zu dem vorgesehenen Fachkräftepool. Er möchte wissen, ob dies in Hagen schon verabredet ist.

Herr Goldbach teilt mit, dass bisher die Anforderungen, die diese Fachkraft erfüllen soll, definiert sind und an weiteren Standards gearbeitet wird.

Frau Klos-Eckermann möchte wissen, ob die Bestrebung aus der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses, den Arbeitskreis Kinderschutzambulanz zum großen gemeinschaftlichen Thema Kinderschutz zu fassen, von der Verwaltung weiter verfolgt worden ist.

Herr Goebels teilt mit, dass zurzeit erhoben wird, wie die Stadt Hagen im Bereich des Kinderschutzes überhaupt aufgestellt ist und was bereits vorhanden ist. Im Anschluss daran soll ermittelt werden, welche Bedarfe noch notwendig sind. In diesem Zuge wird vorrangig der Baustein Kinderschutzambulanz überprüft und bearbeitet. An die Träger wird in den nächsten Wochen ein Fragenkatalog verschickt, um anschließend mit konkreten Zahlen weiterarbeiten zu können. Klar ist, dass der Bereich der Vernetzung weiter ausgebaut werden muss.

An der weiteren Erörterung beteiligen sich Herr Fischer, Herr Strüwer, Frau Haack, Herr Reinke und Herr Dr. Schmidt.

## 9. NKF-Haushaltsplanentwurf 2008

### **Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Strüwer stellt fest, dass die Transparenz des Haushaltsplanes durch NKF immer noch nicht gewährleistet ist. Daher hat die Verwaltung Frau Schmitz gebeten dem Jugendhilfeausschuss durch nähere Erläuterungen eine Hilfestellung zu geben.

Frau Schmitz erläutert den vorliegenden Auszug des Haushaltsplanes 2008 unterstützt durch einen vorgelegten Ergebnisplan.

Auf Nachfrage von Herrn Strüwer wird ausgeführt, dass die alten Zahlen aus dem kameralistischen System unverändert übernommen wurden und es keine Absenkungen oder Aufstockungen gegeben hat. Da der NKF-Haushalt aber eine ganz andere Systematik aufweist, konnten die Altzahlen nicht gegenüber gestellt werden. Auch können keine wesentlichen Veränderungen an der Kontenstruktur vorgenommen werden, da das Land verbindliche Muster vorgegeben hat.

An der weiteren Diskussion beteiligen sich Herr Strüwer, Herr Feldhaus, Frau Kurte, Herr Dücker, Herr Haensel, Herr Gebauer und Herr Dr. Brauers.

Herr Fischer fragt nach, ob die Mittel der Position Arbeitsmittel aus dem alten Vermögenshaushalt, die regelmäßig aus einer Sparkassenspende gewährt worden waren, auch im jetzigen Haushaltsjahr sichergestellt sind.

Herr Goldbach teilt mit, dass diese 10.000,- € über die Veränderungsliste eingestellt werden und damit zur Verfügung stehen.

Herr Strüwer bedankt sich für die ausführlichen Erläuterungen von Frau Schmitz und wünscht, dass diese im nächsten NKF-Haushalt besser aufgearbeitet und transparenter dargestellt werden.

### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem vorgelegten Auszug für die Beratung im Jugendhilfeausschuss des Haushaltsplanes 2008 zu.

### **Abstimmungsergebnis:**

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input checked="" type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: \_\_\_\_\_

Dagegen:     1    

Enthaltungen:     2    

## **10. Stellenplan 2008 für den Fachbereich Jugend und Soziales Vorlage: 0266/2008**

### **Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Goldbach erläutert den Stellenplan. Er weist darauf hin, dass nicht jeder Mehrbedarf eine neue Stelle bedeutet, sondern dass Stundenanhebungen und der Wegfall von kw-Vermerken zu beachten sind.

### **Beschluss:**

Die Vorlage der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Die Vorlage wird zum 06.05.2008 realisiert.

**Abstimmungsergebnis:**

- |                                     |                                 |
|-------------------------------------|---------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> | Einstimmig beschlossen          |
| <input type="checkbox"/>            | Mit Mehrheit beschlossen        |
| <input type="checkbox"/>            | Einstimmig abgelehnt            |
| <input type="checkbox"/>            | Mit Mehrheit abgelehnt          |
| <input type="checkbox"/>            | Abgelehnt bei Stimmengleichheit |
| <input type="checkbox"/>            | Ohne Beschlussfassung           |
| <input type="checkbox"/>            | Zur Kenntnis genommen           |
| <input type="checkbox"/>            |                                 |
- 

Dafür: \_\_\_\_\_

Dagegen: \_\_\_\_\_

Enthaltungen: \_\_\_\_\_

**11. Integrationskonzept für die Stadt Hagen  
Vorlage: 0139/2008****Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

**Auf Vorschlag von Herrn Reinke wird das Integrationskonzept für die Stadt Hagen in erster Lesung beraten.**

**Abstimmungsergebnis:**

- |                                     |                                 |           |
|-------------------------------------|---------------------------------|-----------|
| <input type="checkbox"/>            | Einstimmig beschlossen          |           |
| <input type="checkbox"/>            | Mit Mehrheit beschlossen        |           |
| <input type="checkbox"/>            | Einstimmig abgelehnt            |           |
| <input type="checkbox"/>            | Mit Mehrheit abgelehnt          |           |
| <input type="checkbox"/>            | Abgelehnt bei Stimmengleichheit |           |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Ohne Beschlussfassung           | 1. Lesung |
| <input type="checkbox"/>            | Zur Kenntnis genommen           |           |
| <input type="checkbox"/>            |                                 |           |
- 

Dafür: \_\_\_\_\_

Dagegen: \_\_\_\_\_

Enthaltungen: \_\_\_\_\_

12. **Barrierefreies Planen und Bauen im öffentlichen Bereich**  
(Zusammenfassung der Vorlagen 0572/2006, 0032/2007, 0491/2007 und 0888/2007)  
Vorlage: 1040/2007

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Machatschek ist über die Beratungsfolge enttäuscht und hätte dieses Thema gern im Sozialhilfeausschuss und im Behindertenbeirat beraten gesehen.

Herr Goldbach sichert zu, dass mit dem Behindertenbeirat in dieser Hinsicht Kontakt aufgenommen wird.

Änderungsvorschläge zur Vorlage gibt es keine.

**Beschluss:**

1. Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, bei Planung und Bau von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie bei den Sanierungs- und Renovierungsmaßnahmen öffentlicher Hoch- und Tiefbauten und im öffentlichen Verkehrsraum weiterhin die einschlägigen Vorschriften der Landesbauordnung (LBO) anzuwenden und die Empfehlungen der einschlägigen DIN-Normen zu berücksichtigen.
3. Der Behindertenbeirat der Stadt Hagen ist rechtzeitig während der Planungsphase einzubeziehen.
4. Der Beschluss wird ab 01.07.2008 umgesetzt.

**Abstimmungsergebnis:**

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: \_\_\_\_\_

Dagegen: \_\_\_\_\_

Enthaltungen:   1

**13. Anfragen nach §6 Abs. 8 der GeschO des Rates****Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Decker fragt an, ob in Fley eine fünfzügige Einrichtung geplant ist.

Herr Dr. Brauers weist darauf hin, dass es noch gar keine Bedarfsplanung für das nächste Jahr gibt.

Herr Strüwer bittet die Verwaltung in Kürze eine schriftliche Beantwortung der Frage an Herrn Decker zukommen zu lassen.

Ende des öffentlichen Teiles: 19.05 Uhr







**8. Von der Verwaltung:**

---

Herr Dr. Brauers

---

Herr Goebels, Christian

---

Frau Haack, Renate

---

Frau Schmitz, Susanne

---

Frau Schmitz, Sabine

---

Frau Versteeg-Schulte, Gerhild

---

Gez. \_\_\_\_\_

Willi Strüwer  
Vorsitzende/r

Gez. \_\_\_\_\_

M. Schoeffler  
Schriftführer/in

**C. ANWESENDE**

---

<b>Name</b>	<b>Bemerkungen</b>
Frau Burg-Ahrendt, Claudia	Jugendring
Frau Burghardt, Christa	Kinderschutzbund
Frau Caliskan, Fatima	Jugendparlamente
Frau Richter Ditzler, Anke	Landgericht
Herr Feldhaus, Uwe	
Herr Feldheim, Hagay	Jüd. Kultusgemeinde
Herr Finkensiep, Michael	
Herr Fischer, Frank c/o Evangelische Jugend	Ev. Jugend
Herr Gebauer, Michael	Caritas
Herr Haensel, Thomas	Diak. Werk
Herr Isik, Serhat	Demokratische In-
ternationale Liste (DGB)	
Herr Kebbekus, Stefan	Stadtelternrat
Herr Levien, Rainer	Bundesagentur für
Arbeit	
Frau Machatschek, Dorothee	SPD
Frau Nowicki, Jutta	Ev. Kirche
Frau Opitz-Hildebrand, Gisela	Schulaufsicht
Herr Rameswaran, Prasanna	Jugendrat
Frau Schaldach, Jasmin	Jugendrat
Herr Beigeordneter Dr. Schmidt, Christian	Stadt Ha-
gen	
Herr Schmidt, Stefan	AWO Jugendwerk
Herr Schurgacz, Johannes	Kath. Kirche
Herr Steuber, Gerd Fachbereich Jugend & Soziales	Stadt
Hagen	
Herr Traut, Frederick	Jugendparlamente
Herr Vitte, Joachim	Polizeipräsidium HA
Frau Klos-Eckermann, Sybille	SPD
Herr Schledorn, Jörg	SPD

Frau Kurte, Hildegard  
Herr Reinke, Detlef  
Herr Strüwer, Wilhelm  
Frau Köppen, Karin  
Herr Dücker, Victor  
Herr Decker, Frank

CDU  
CDU  
CDU  
GRÜNE  
FDP  
BfH